

13. Internationale Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Athen, 9.-11.12.2011  
Redebeitrag von Bettina Jürgensen, Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

Im Parteiprogramm der DKP heißt es: „Mit der Oktoberrevolution 1917 in Russland wurde der Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems begonnen. Sie gab der Menschheit das Signal zum Aufbruch in eine neue Epoche.“

Rosa Luxemburg begrüßte wie viele die Oktoberrevolution enthusiastisch. In ihrer unvollendet gebliebenen Schrift „Zur russischen Revolution“ notierte sie 1918: „Die Bolschewiki ... haben sich ... das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum ersten Mal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren ...“

Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“ Sie warnte in ihrer Schrift aber auch vor möglichen Gefahren.

Die DKP stellt in ihrem Programm fest: „Unter ungünstigsten Ausgangsbedingungen wurden in der Sowjetunion und später in weiteren sozialistischen Staaten großartige Leistungen vollbracht. (... ..)“

Der Sozialismus hat soziale Errungenschaften durchgesetzt, die selbst in den reichsten imperialistischen Staaten nicht erreicht wurden ... .“

Die Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion können den Einfluss nicht schmälern, den die Oktoberrevolution und die Entwicklung eines sozialistischen Lagers auf das Denken und das Handeln der unterschiedlichen Klassenkräfte in der ganzen Welt im vergangenen Jahrhundert hatte. Sie haben weiter Bedeutung für gegenwärtige sowie künftige Kämpfe um eine sozialistische Zukunft.

Für uns in der Bundesrepublik Deutschland gilt dies im besonderen Maße. Millionen von Menschen in unserem Land haben gute wie auch negative Erfahrungen mit dem Sozialismus. Viele mehr haben Zeit ihres Lebens nur Antikommunismus und die Verketzerung jeglicher sozialistischer Ideen erlebt. Anfang 2012 werden wir an den 40. Jahrestag der Berufsverbote in der BRD erinnern müssen. Das KPD-Verbot von 1956 ist bis heute nicht aufgehoben

Aber wir müssen auch Lehren aus über 70 Jahren sozialistischer Entwicklung zwischen 1917 und 1990 ziehen, wenn wir heute unseren Weg zu einer künftigen sozialistischen Gesellschaft abstecken. Die Niederlage von 1989/90 hat innere und äußere, ökonomische, ideologische und politische, objektive und subjektive Ursachen.

Die Niederlage des Sozialismus in Europa, die Auflösung der UdSSR und die Restauration des Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern werfen aus heutiger Sicht für Kommunistinnen und Kommunisten zahlreiche Fragen auf, deren Beantwortung eine wesentliche Voraussetzung für die Orientierung auf eine sozialistische Zukunft der Menschheit ist:

Im Programm der DKP heißt es:

„Es ist unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten, die historischen Erfahrungen unserer Bewegung und des Aufbaus des Sozialismus zu bewahren, wenn wir uns nun unter neuen Bedingungen eine neue sozialistische Gesellschaft als Ziel setzen. Wir weisen antikommunistische Verfälschungen zurück. Wir verteidigen die Legitimität unserer Bewegung, die Millionen von Menschen im Ringen um ihre Rechte und um Frieden inspiriert hat. Wir halten die Erinnerung an diese Kämpfe wach. Wir sind uns dabei aber bewusst, dass auf diesem Weg Fehler, Unrecht und Verbrechen geschahen. Dies gilt es in Zukunft zu verhindern. Der DKP geht es um die kritische Überprüfung ihrer Geschichte und Denkweise und Strukturen zu überwinden, die dem humanistischen Anspruch unserer Idee und Weltanschauung widersprechen.“

In die heutigen Abwehrkämpfen müssen wir unsere antikapitalistischen und marxistischen Positionen einzubringen, den Bündnispartnern mit Respekt begegnen und alles tun für die Entstehung starker und dauerhafter außerparlamentarischer Bewegungen, die die Gewerkschaften mit einbinden müssen.

Das gilt erst recht für die weiterführenden Kämpfe für antimonopolistische und demokratische Veränderungen, die unter den Bedingungen unseres Landes den Weg zum Sozialismus öffnen können. Ein künftiger Sozialismus wird anders aussehen als der, den wir erlebt haben, denn darüber werden jene entscheiden, die ihn aufbauen werden.

Zu diesen Erfahrungen gehören auch die Verletzungen sozialistischer Demokratie und insbesondere die im Widerspruch zum humanistischen Wesen des Sozialismus stehenden Repressionen, Massenverfolgung und Verbrechen. Im Programm der DKP werden Ursachen dafür benannt. Zu den Opfern der Verfolgungen in der Stalinzeit gehörten nicht wenige deutsche Kommunistinnen und Kommunisten.

In unserem Programm betonen wir: „Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der Kommunistischen Internationale fielen dem zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen schwer geschadet.

Bisherige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen daraus wurden Bestandteil des politischen und organisationspolitischen Selbstverständnisses der DKP; dieser Prozess wird weitergeführt.“

Liebe Genossinnen und Genossen,  
auch in unserem Land nimmt das aktive Auftreten von sozialen und demokratischen Bewegungen zu. Entsprechend wächst deren Bedeutung und Einfluss zum Durchsetzen von gesellschaftlichen Veränderungen, ebenso wie unsere Aufgabe antikapitalistische Positionen einzubringen und als Teil dieser Bewegungen Lernprozesse zu organisieren.

Auf dem 19. Parteitag hat die DKP in der `Politischen Resolution´ eingeschätzt, dass die Krise, die wir derzeit erleben, zu gravierenden Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit führt. Das geht an einem so starken kapitalistischen Industrieland wie Deutschland nicht vorbei.

Das Beispiel der Zukunftsaussichten der Jugend in der BRD macht es deutlich:

- Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen unter 25 Jahren steckt in unsicheren Arbeitsverhältnissen
- Zwei Drittel der unter 35-Jährigen sind prekär beschäftigt oder arbeitslos.
- Begriffe wie "Generation Praktikum" und "Generation Prekär" sind in die Alltagssprache eingezogen

Doch nicht durch den Verzicht auf erkämpfte Rechte werden Arbeitsplätze geschaffen. Wir setzen uns für die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein. Das kann ein Weg sein, um auch die Abschaffung prekärer Beschäftigung durchzusetzen. Und dies muss von jungen und alten Menschen gemeinsam erkämpft werden.

In vielen Ländern sind die Menschen nicht länger bereit, die Sparprogramme auf ihre Schultern zu laden. In Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und anderen Ländern wird zu Generalstreiks aufgerufen. Es gibt überall Bewegungen, die aktiv sind. Unsere Einschätzung ist, dass die Gewerkschaften und die anderen Akteure dabei oft nicht einheitlich handeln. Dies ist unserer Meinung nach eine Schwäche der Gegenbewegung. Kommunistische Parteien oder linkssozialistische Kräfte gehören zudem nicht oder nur teilweise zu den Organisatoren der Proteste.

Dass Widerstand notwendig ist, dass er nicht nachlassen darf, sondern breiter, größer, organisierter und stärker werden muss, das zeigen die aktuellen Entwicklungen.

Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Heute wird auch in den bürgerlichen Medien darüber berichtet. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland bricht ein. Fast täglich wird darauf hingewiesen, dass die „Konjunktur“ nun ein Ende haben wird. Auch bereinigte und schön gefärbte Arbeitslosenquoten nützen nicht mehr.

Doch die Herrschenden haben auch erkannt, dass mit rein wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen die Krise nicht einzudämmen ist, dass politisch gehandelt werden muss.

Um die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung wird wieder stärker geworben, Mehrheiten für sich und die herrschende Politik sollen gewonnen werden. Da wird zugleich auf mehr Überwachungsstaat und zunehmende Repression gesetzt.

Ganz spurlos sind die Aktivitäten und Bewegungen auch in der BRD nicht an den Regierenden vorbeigegangen. Das begründet den Zickzackkurs der CDU und der Kanzlerin Merkel. Für oder gegen Atomkraft, für oder gegen ein Verbot faschistischer Organisationen, für oder gegen Klimaschutz? Mit der Debatte um vermeintliche Zugeständnisse wird versucht, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Zeitgleich wird in der EU versucht einen gemeinsamen Weg aus der Krise zu finden. Scheinbar geht es nur um den Versuch, den Euro als Währung zu erhalten. Letztlich geht es gerade aber Deutschland und Frankreich darum, ihre Position und ihre Macht in der EU, in Europa und auch weltweit zu erhalten und auszubauen.

Wie in der Vergangenheit üben die politischen Verhältnisse in den Kernländern und den Machtverhältnissen zwischen diesen einen starken Einfluss auf die Entwicklung aus. Immer klarer wird, dass auch die aktuelle Krise nicht gelöst oder überwunden wird, sondern mit den Mitteln aus früheren Tagen bearbeitet und geregelt werden soll.

Dabei wird nicht den Interessen der Menschen in Europa gefolgt, sondern allein den Kapitalinteressen.

- Griechenland, Irland, Portugal, ...sollen unter Vormundschaft von EU, EZB und IWF gestellt werden,
- den nationalen Parlamenten wird das Haushaltsrecht entzogen und die nationalen Haushalte sollen erst von der Europäischen Kommission genehmigt werden,
- mittels der EU werden nationale Sparprogramme auferlegt, wodurch die Sozialsysteme zerstört und die Binnennachfrage abgewürgt und Millionen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt werden,
- ganze Länder innerhalb der EU verarmen, weil sie nie mehr die aufgedrängten Kredite werden zurückzahlen können,
- nur diejenigen Länder - wenn überhaupt – können sich als souveränes politisches Subjekt behaupten, die die Schecks ausstellen (und das sind nur wenige Staaten und vor allem Deutschland),
- die "Märkte" - d.h. ein Handvoll von Großbanken, Finanzinstituten und Ratingagenturen – wollen die Politik diktieren.

Wenn das europäische Projekt aber auf seinen nackten Kern - auf die Interessen und die Macht der Banken und der transnationalen wie der nationalen Konzerne zurückgeführt ist, schafft dies das Klima, in dem rechte populistische Parteien gedeihen.

In dieser Situation müssen Antworten für eine fortschrittliche Lösung im Interesse der Menschen erarbeitet werden.

Diese darf nicht daran ausgerichtet sein, das Europa der Banken und Konzerne, des Militarismus zu stärken. Wir verschließen aber nicht die Augen davor, dass hier Prozesse ablaufen, die eine objektive ökonomische Grundlage haben. Diese Kenntnis müssen wir berücksichtigen.

Nicht die Sparprogramme sind eine Folge der Verschuldung und ein Instrument zu ihrer Bekämpfung, sondern umgekehrt bildet die Staatsverschuldung die Legitimation für immer neue Sparprogramme. Es geht nicht um den Abbau der Schulden, sondern um die Zinszahlung an die Reichen. Dazu werden Gesetze geschaffen, die es möglich machen. Dass dies mit dem Abbau von Demokratie verbunden sein muss, liegt auf der Hand.

Mittlerweile ist nicht nur Griechenland das „Versuchskaninchen“, das anscheinend die Frage der Regierenden und der Banken und anderen beantworten soll „wie weit kann diese Spirale gedreht werden, ohne dass Alles außer Kontrolle gerät?“  
Irland, Spanien, Italien, Portugal .....

Wenn eine demokratische und soziale Alternative eröffnet werden soll, dann muss in den derzeitigen Mechanismus eingegriffen und er muss aufgebrochen werden: Die Reichen sollen zahlen! Der Finanzsektor muss in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden, und zwar bevor sie die Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet haben und von sich aus überschuldet unter das Dach des Staates flüchten. Die Funktion der EZB muss verändert werden. Die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegspolitik, der weitere Ausbau zum Überwachungsstaat müssen gestoppt werden. Die dramatischen Veränderungen des Klimas können nur durch gemeinsame internationale Anstrengungen – gegen die Interessen der großen Konzerne - eingedämmt werden.

Das alles kann nicht erreicht und verändert werden, wenn sich nicht in allen Ländern die Mehrheit der Menschen und vor allem die Gewerkschaften dafür einsetzen. Es geht darum – wenn auch nur in kleinen Schritten – gemeinsame Ziele, Forderungen und Kämpfe zu entwickeln, Mehrheiten in der Bevölkerung zu gewinnen für soziale und demokratische Veränderungen. Hier liegt die Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten, der antikapitalistischen Kräfte.

Wir sind eine kommunistische Partei, die in Theorie wie Praxis die Lehren von Marx, Engels, Lenin umsetzt. Die Verbreitung marxistischen Wissens auf der Grundlage einer einheitlichen Weltanschauung ist etwas, an dem wir uns messen lassen. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft ist, um diese Gesellschaft zu verändern und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Deshalb ist es unsere Aufgabe in den Gewerkschaften, in den Bündnissen, in denen wir aktiv sind unsere Positionen einzubringen und zu diskutieren. Wenn wir gemeinsame Lernprozesse organisieren wollen, müssen wir an die wirklichen, an die heutigen Lebens- und Arbeitsbedingungen anknüpfen.

Der lange und mühsame Weg der Entwicklung von Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse und fortschrittlicher Menschen muss auch in dieser Frage gegangen werden. Dazu müssen wir internationale Solidarität üben. Positive Erfahrungen aus Kämpfen in anderen Ländern müssen wir einschätzen und nutzbar machen. Nur dann werden Veränderungen geschaffen, die uns dem Ziel näher bringen "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ..." (Karl Marx).  
Denn, der Sozialismus ist die Zukunft.